

Antworten BÜNDNIS 90/ Die Grünen

- 1. Aufgrund der enormen finanziellen Mehraufwände, die wegen der Corona-Pandemie zum Erhalt der Wirtschaft und anderer Bereiche notwendigerweise geleistet wurden, besteht unter unseren Mitgliedseinrichtungen die große Sorge, dass die Kinder- und Jugendlichen und die außerschulische kulturelle Jugendarbeit als große Verlierer*innen aus der Corona-Pandemie hervorgehen und bei der Aufstellung des nächsten Doppelhaushaltes Einschnitte erfahren werden. Wir als fachpolitischer Dachverband teilen diese Sorge. Wie werden Sie die bestehende Infrastruktur der Kulturellen Bildung aufrechterhalten, finanziell ausstatten und zukunftsorientiert gestalten?**

Die Corona-Pandemie stellt eine große Belastung für unsere Gesellschaft in allen Bereichen, so auch den Berliner Landeshaushalt dar. Gerade deshalb ist unsere bündnisgrüne Grundhaltung, dass die Krise nicht durch Sparpolitik verschärft werden darf. Auch mittel- und langfristig verfolgen wir die Linie, dass das bisherige Haushalts- und Leistungsniveau gehalten werden soll. Das Jugendfördergesetz, das wir in dieser Wahlperiode verabschiedet haben, ist dafür ein wichtiger Garant, der durch das Familienfördergesetz noch ergänzt wird. Zur Ehrlichkeit gehört, dass darüber hinausgehende, starke Zuwächse, Qualitätssprünge und Angebotszuwächse in den kommenden Jahren nur schwer zu realisieren sein werden.

- 2. Im Rahmen der Bildungsprozesse von Kindern und Jugendlichen spielt Kulturelle Bildung in- und außerhalb von Schule eine besondere Rolle. Welche Bedeutung hat Kulturelle Bildung aus Sicht Ihrer Partei und welche Aufgaben ergeben sich daraus in den nächsten 5 Jahren?**

Die kulturelle Bildung hat für uns eine Doppelrolle. Zum einen hat sie zum Ziel, die Kinder und Jugendlichen für die unterschiedlichen Künste zu begeistern, sie heran zu führen, zu kreativem Ausdruck und ggf. sogar zu einer professionellen Künstler*innenkarriere zu ermutigen. Große Bedeutung hat die kulturelle Bildung zweitens im Rahmen von formaler und informeller Bildung zur Persönlichkeitsentwicklung. So werden beispielsweise sprachliche Kompetenzen auf der Ebene des Hörverstehens, des Wortschatzes und des eigenen kreativen Ausdrucks gefördert. Die Schulung sozialer Kompetenzen spielt auch eine große Rolle, wo die Produktionen anderer gewertschätzt und vielfach im Team gearbeitet werden muss. Die derzeitigen Errungenschaften des Masterplans, das Kulturagentenprogramm u.a., wollen wir mindestens erhalten. Gleiches gilt für die Jugendkunstschulen. Wir arbeiten darüber hinaus an einem Konzept, wie die vielen Projektförderungen in längerfristig sichere Strukturen überführt werden können.

- 3. Das Bundesjugendkuratorium fordert einen DigitalPakt Kinder- und Jugendhilfe, eine Strategie, die über eine angemessene Ausstattung mit Internetverbindungen und geeigneter Hard- und Software deutlich hinaus geht. Die Lebenswelten und Rechte der Kinder- und Jugendlichen in ihrem digitalen Alltag sollen berücksichtigt und digitale Ungleichheiten beseitigt werden, um nur einige Punkte zu nennen. Was hat Ihre Partei in den nächsten fünf Jahren zum Thema Digitalität vor?**

Ausdrücklich teilen wir den Ansatz, dass angemessene infrastrukturelle Ausstattung zwar notwendig, aber nicht hinreichend ist. Unser Ziel ist, dass alle Jugendlichen über umfassende, kritische Medienkompetenz verfügen und sich aktiv auch mit den Risiken bzw. Gestaltungsnotwendigkeiten aller online Tools und Medien auseinandersetzen. Insbesondere Datenschutz und Datensicherheit, Diskriminierungsfreiheit von Algorithmen, Technikfolgenabschätzung, Jugendschutz und digitale Teilhabe sind dabei wichtige Themen. Dies kann in allen Einrichtungen Gegenstand pädagogisch angeleiteter Auseinandersetzung werden. Eine wichtige Rolle spielen für uns dabei die bezirklichen Medienkompetenzzentren, die wir nach Möglichkeit weiter stärken wollen.

- 4. Kürzlich ist die Aufnahme von Kinderrechten in das deutsche Grundgesetz vorerst gescheitert. Welche Maßnahmen ergreift Ihre Partei, um die Rechte von Kindern zu stärken?**

Wir kämpfen seit vielen Jahren für eine Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz. Von dem Misserfolg der Rot-Schwarzen Koalition im Bund lassen wir uns nicht entmutigen, sondern wollen nach der Wahl einen neuen Anlauf starten. Kinderrechte sollen in allen Bereichen und Planungen, etwa auch im Städtebau, systematisch mitgedacht werden. Dies ist auch durch eine entsprechende Zielsetzung auf Landesebene erreichbar und wird von uns angestrebt. Wir wollen gemeinsam mit den Bezirken Formate der Kinder- und Jugendbeteiligung erproben – zum Beispiel um bei größeren Bauprojekten oder Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen Kinder- und Jugendbeteiligung gezielt einzubeziehen. Bei Projekten für Kinder und Jugendliche, wie beispielsweise bei Projekten der kulturellen oder politischen Bildung, müssen sie in Jurys und anderen altersgerechten Auswahl-Formaten mitentscheiden können, was gefördert wird. Damit Jugendliche ihr Mitspracherecht wirklich umsetzen können, dürfen sie auch von Wahlen nicht ausgeschlossen werden. Grundsätzlich vertreten wir die Auffassung, dass in einer Demokratie alle das Recht auf Mitbestimmung haben. Deshalb muss in einem ersten Schritt das Wahlrecht berlinweit auch für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus auf 14 Jahre abgesenkt werden.



5. Die Herausforderungen unserer Zeit sind Inklusion, kulturelle Teilhabegerechtigkeit und Partizipation (s. Kulturelle Bildung. Das Rahmenkonzept 2016 für Berlin, S.7). Wie schafft Ihre Partei die Grundlagen dafür, welche Ressourcen werden zur Verfügung gestellt?

Zu unserer großen Freude zeigten die Konzepte bzw. Anträge für die Fördersäulen neben innovativen künstlerischen Ansätzen und Ausdrucksformen auch eine hohe Sensibilität für die wichtigen o.g. Themen Inklusion, Teilhabegerechtigkeit und Partizipation. Aus unserer Sicht steht deshalb weniger eine stärkere inhaltliche Handlungs- und Eingriffsnotwendigkeit im Vordergrund als die Notwendigkeit, in den bevorstehenden haushalterisch herausfordernden Zeiten dafür zu sorgen, dass die Finanzierungsseite weiterhin nicht infragegestellt wird. Wir werden alles daran setzen, Kürzungen, die der Senat in seinem neuen Haushaltsentwurf im Bereich der kulturellen Bildung vorgenommen hat, wieder rückgängig zu machen.